

Entwicklungspolitik

Entwicklungspolitik – im Interesse Deutschlands und unserer Partner

Inhalt

1. Vorwort

2. Die Entwicklungspolitik der CDU

3. Entwicklungspolitische Aufgaben in einer globalisierten Welt

4. Entwicklungspolitik der unionsgeführten Regierung

1. Vorwort

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts kennzeichnet eine bisher nicht gekannte weltweite Verflechtung die Beziehungen der Staaten und Gesellschaften. Der technische Fortschritt hat die Menschen, ihre Kulturen und Volkswirtschaften zusammenrücken lassen. Die globale Kommunikation, der internationale Handel mit Waren und Dienstleistungen und die weltweiten Kapitalströme sind sprunghaft angestiegen. Die so genannte Globalisierung ist eine prägende Entwicklung unserer Zeit. Dabei profitiert Deutschland mit seiner exportorientierten Wirtschaft von dieser Entwicklung, die für uns neue Partner und Märkte geschaffen hat.

Viele Ereignisse der letzten Jahre machen deutlich, wie sehr neben der ökonomischen auch die politische, soziale und ökologische Abhängigkeit der Völker untereinander gewachsen ist. Noch nie gab es bessere Möglichkeiten, in andere Länder zu reisen, dort zu leben und zu arbeiten. Die Welt ist intensiver vernetzt als jemals zuvor in unserer Geschichte.

Doch damit wirken sich auch gewalttätige Konflikte, Misswirtschaft, Armut, soziale Gegensätze, Seuchen oder Umweltzerstörung immer stärker auf die Sicherheit und Stabilität ganzer Regionen oder der internationalen Völkergemeinschaft aus. Vor diesem Hintergrund haben die Gegebenheiten und Vorgänge in den Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern für die Industrieländer, für Europa und Deutschland, erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Folgen sich verschärfender Entwicklungsprobleme in Asien, Afrika und Lateinamerika können im Zuge der Globalisierung Frieden und Wohlstand in Deutschland und Europa unmittelbar gefährden. Im Zeitalter der

Globalisierung ist jedes Land unser Nachbar. Diese Tatsache muss zukünftig in jedem Politikfeld berücksichtigt werden.

Wir können unsere Augen nicht vor den Geschehnissen in den anderen Teilen der Welt verschließen. Wohlstand und Sicherheit werden nicht mehr allein in Deutschland geschaffen und durch Deutschland gewährleistet. Deutsche Unternehmen erwirtschaften einen Großteil ihrer Profite durch den Export ihrer Waren auf die Weltmärkte und durch umfangreiche Auslandsinvestitionen auch in Entwicklungsländern. Deutschland hat keine Möglichkeit, sich zu isolieren und sich auf sich selbst zu beschränken, denn dafür sind wir – nicht zuletzt wirtschaftlich – viel zu intensiv und eng mit den anderen Staaten der Erde verbunden. Weiterhin entspricht es unserem christlichen Menschenbild, uns im Sinne der tätigen Nächstenliebe auch für die Rechte und Entwicklungsmöglichkeiten anderer einzusetzen. Es ist letztlich in Deutschlands Interesse, bei der Bewältigung der Entwicklungsprobleme vieler Länder – Armut, Unterentwicklung, Menschenrechtsverletzungen, Seuchen, Umweltzerstörung, Kriege, Terrorismus und Staatszerfall – mitzuwirken.

2. Die Entwicklungspolitik der CDU

Entwicklungszusammenarbeit ist für die CDU ein zunehmend wichtiges, eigenständiges Politikfeld, das auf drei Säulen ruht:

- Der Verantwortung für die unter Armut Leidenden und für die Schöpfung auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes.
- Der Abwehr globaler Gefahren.
- Der Stärkung unserer strategischen, politischen wie wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Partnerschaften.

Entwicklungspartnerschaft bedeutet für uns, dass wir eigene Reforminitiativen stärken und Mitverantwortung der Entwicklungsländer einfordern. Dabei muss Deutschlands Entwicklungspolitik sowohl den Interessen der Empfängerländer als auch unseren Interessen gerecht werden. Entwicklungspolitik ist für uns keine Einbahnstraße, sondern eine strategische Partnerschaft!

Die Entwicklungspolitik der CDU entspringt also nicht nur einer moralischen Selbstverpflichtung, die aus unserer christlich geprägten Weltanschauung resultiert. Entwicklungspolitik dient auch der Verfolgung unserer außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen. Sie ist ein Instrument zur Bewahrung und zum Transfer von Stabilität, zur langfristigen Krisenprävention und Krisenbeilegung, zur Eindämmung von Extremismus, Kriminalität, Terrorismus und zum Erhalt der Schöpfung. Zudem kann und soll Entwicklungszusammenarbeit den deutschen Außenhandel flankieren.

Allerdings dürfen die Ansprüche an die Entwicklungspolitik nicht zu hoch gesetzt werden. Entwicklungszusammenarbeit ist kein Allheilmittel zur Lösung der Probleme dieser Welt. Doch Entwicklungszusammenarbeit kann dazu beitragen, die richtigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige politische und wirtschaftliche Entwicklung zu setzen.

Insbesondere in konfliktbelasteten Staaten ist zu prüfen, inwieweit Entwicklungszusammenarbeit im Konzept der Vernetzten Sicherheit zum Einsatz kommt. Ein solcher vernetzter Ansatz schließt neben militärischen vorrangig politische, diplomatische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Mittel ein. Die Förderung von Entwicklung ist dabei ein unverzichtbares Element, denn insbesondere beim Aufbau fragiler Staaten wie beispielsweise Afghanistan heißt es zu Recht: Ohne Sicherheit keine Entwicklung– und ohne Entwicklung keine Sicherheit.

Unsere Entwicklungspolitik ist wertgebunden. Sie ist Teil einer Weltordnungspolitik. Wir sehen in freiheitlicher Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung und einer sozial verpflichteten marktwirtschaftlichen Ordnung, die zugleich die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, den besten Weg, Entwicklung in armen Ländern zu fördern. Diese Ziele sind Kernelemente unserer Entwicklungspolitik.

Bei der Mittelvergabe in der Entwicklungszusammenarbeit müssen gute Regierungsführung und Fortschritte im Bereich der Menschenrechte maßgebliche Kriterien sein. Entwicklungszusammenarbeit, die langfristig wirken soll, setzt konsequente eigene Anstrengungen insbesondere vonseiten der politischen Entscheidungsträger und der Eliten in den Entwicklungsländern voraus. Wir begreifen Entwicklungszusammenarbeit als Hilfe zur Selbsthilfe.

Entwicklungspolitik ist zudem ein wichtiges Instrument zur Förderung der Stellung Deutschlands in der Welt. Sie befördert den fruchtbaren Kulturaustausch, stimuliert die Hochschul- und Wissenschaftskooperation, intensiviert die wirtschaftlichen Beziehungen und stärkt so auch unsere Wirtschaft auf potenziellen Zukunftsmärkten.

Wir wollen die internationale Arbeitsteilung zwischen den Geberländern – vor allem auch in der EU – weiter verbessern. Dies bedeutet aber nicht, unkritisch jedem internationalen Trend, wie etwa der direkten Budgethilfe, zu folgen und bewährte deutsche Grundsätze der Entwicklungspolitik aufzugeben. Die direkte Abwicklung der Entwicklungshilfemittel über den Staatshaushalt des jeweiligen Partnerlandes über die so genannte Budgethilfe ist sehr zurückhaltend zu handhaben. Wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Anwendung der Budgethilfe sind in vielen Empfängerländern nicht gegeben.

Beispielsweise ist eine wirksame politische Kontrolle der Regierung durch ein demokratisch legitimiertes, qualifiziertes und eigenständiges Parlament sowie eine aktive Zivilgesellschaft sehr häufig nicht vorhanden. Ebenfalls fehlt es in einigen Empfängerländern von Entwicklungshilfe an effizienten, rechtsstaatlichen und einer von Korruption weitgehend freien Verwaltung sowie an einem transparenten und unabhängig kontrollierten öffentlichen Finanzmanagement. Die Gefahr, dass durch Budgethilfe diese Defizite nicht vermindert, sondern möglicherweise sogar noch verstärkt werden, ist nicht von der Hand zu weisen.

Die CDU tritt dafür ein, dass sich auch Entwicklungshilfe an ihrer Effizienz messen lassen muss. Deswegen muss Entwicklungszusammenarbeit einer dauerhaften Evaluation unterliegen. Nur durch die Kontrolle der Wirksamkeit von Entwicklungshilfe kann sicher gegangen werden, dass Hilfe auch da ankommt, wo sie gebraucht wird

Wir setzen uns ein für eine bessere Kohärenz unserer Entwicklungs-, Außen-, Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik sowie der Auswärtigen Kulturpolitik, für eine Erhöhung der Effizienz unserer entwicklungspolitischen Instrumente sowie für die Stärkung einer guten Regierungsführung und der Selbsthilfekräfte in den betroffenen Ländern und Regionen. Dies verlangt eine Konzentration der entwicklungspolitischen Maßnahmen auf bestimmte Länder und Schlüsselsektoren.

Zugleich müssen alle in der Entwicklungshilfe Tätigen – die Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen – noch intensiver eingebunden und gefördert werden. Den politischen Stiftungen – zum Beispiel der Konrad-Adenauer-Stiftung – kommt eine herausgehobene Rolle bei der Förderung des Staatsaufbaus, der Förderung von Rechtsstaatlichkeit, von Parlaments- und Parteienberatung, demokratischer Grundsätze sowie der Durchsetzung der Menschenrechte in Entwicklungsländern zu. Die Nichtregierungsorganisationen können oftmals auch da wirken, wo die staatliche Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr arbeiten kann. Langfristige und nachhaltige Entwicklung ist zudem nicht ohne eine funktionierende Privatwirtschaft möglich. Deshalb sprechen wir uns auch für eine intensive entwicklungspolitische Kooperation mit der Privatwirtschaft aus. Auch die zivil-militärische Zusammenarbeit muss ohne alle ideologischen Scheuklappen intensiviert werden, denn ohne Sicherheit ist keine dauerhafte Entwicklung möglich.

Wir stehen dafür, die Mittel für die deutsche öffentliche Entwicklungszusammenarbeit gemäß unserer internationalen Verpflichtungen auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens zu steigern. Eine quantitative Erhöhung der Mittel der Entwicklungszusammenarbeit muss aber mit einer Steigerung der Effizienz des entwicklungspolitischen Instrumentariums und der Absorptionsfähigkeit in den Entwicklungsländern einhergehen.

Auch wenn sich die deutsche Entwicklungspolitik den Ruf erworben hat, selbstkritisch, seriös und frei von kurzfristigem Eigeninteresse zu sein, müssen wir uns davor hüten, wirtschaftliche Erfolge (ehemaliger) Entwicklungsländer vorrangig dem Engagement Deutschlands oder der anderen so genannten Geberländer zuzuschreiben. Entwicklungspolitik kann immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Ohne Eigenverantwortung und Eigeninitiative der betroffenen Staaten ist keine dauerhafte Entwicklung möglich. Dies gilt nicht zuletzt im Hinblick auf die für eine dauerhafte Entwicklung nötigen Rahmenbedingungen wie Rechtsstaatlichkeit und die Beachtung der Menschenrechte, ohne die kein nachhaltiger wirtschaftlicher und sozialer Erfolg denkbar ist.

3. Entwicklungspolitik in der globalisierten Welt

Entwicklungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Regionen und Sektoren große Erfolge verbuchen können. Viele vormals arme Länder nutzten die Chancen der

Globalisierung und können eine wirtschaftlich beeindruckende Entwicklung vorweisen. In vielen Entwicklungsländern nahm die Lebenserwartung der Menschen erheblich zu, ebenso die Einschulungsquoten und Alphabetisierungsraten. Das Bevölkerungswachstum hat sich weltweit verlangsamt und mehr Menschen als je zuvor leben in Staaten mit demokratischen Regierungssystemen.

Die Globalisierung eröffnet trotz der damit verbundenen, großen Risiken Chancen für die weltweite Überwindung von Armut und Entwicklungsrückstand. Zugleich erschwert Globalisierung die Abschottung von Staaten nach außen und damit die Systemsicherung von Despoten. Globalisierung kann damit den Prozess der Demokratisierung befördern. Dies allein sind noch keine hinlänglichen Voraussetzungen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Doch haben vor allem Beispiele aus Ostasien gezeigt, dass freie Marktwirtschaften starke Demokratisierungstendenzen entfalten können. Nicht alle Marktwirtschaften sind Demokratien, doch alle Demokratien sind heute Marktwirtschaften.

Allerdings hat die Globalisierung neben den bedeutenden Chancen auch die Entwicklungsrisiken für die ärmeren Länder deutlicher hervortreten lassen: Die Einkommensschere zwischen Industrie und Entwicklungsländern und innerhalb der Entwicklungsländer ist größer geworden. Krasse Ungleichverteilungen in Vermögen und Einkommen, Ineffizienz des Staates, Korruption, schwache Bildungssysteme und eine bedrohliche Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen wirken in vielen Ländern als tickende Zeitbomben. In manchen Regionen, insbesondere Afrikas, machen Kriege und Bürgerkriege jahrzehntelange Entwicklungsbemühungen zunichte.

Weder eine Ausbeutung der Arbeiter, wie im ungezügelten Manchester-Kapitalismus, noch ein Rückfall in sozialistische Experimente sind geeignete Instrumente, um die Globalisierung zu gestalten. Vielmehr wollen wir die soziale Marktwirtschaft auch international als Ordnungsrahmen verankern. Die soziale Marktwirtschaft gewährleistet den Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Reich und Arm, zwischen Starken und Schwachen. Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat einmal mehr gezeigt, dass der Markt eine Ordnung braucht und dies durch den Staat gewährleistet werden muss.

Eine internationale soziale Marktwirtschaft könnte als Grundlage einer globalen Ordnungspolitik stärker und bewusster als bislang Globalisierung gestalten. Dabei dürfen die Gesetze und Kräfte des freien Marktes nicht ausgehebelt werden – wohin Planwirtschaft und staatlicher Dirigismus führen, mussten Millionen Menschen leidvoll erfahren. Doch es ist nötig, die Kräfte der Wirtschaft und des Marktes zu zügeln, um einen Rahmen zu schaffen, in dem möglichst viele Menschen von wirtschaftlichen Fortschritten profitieren können. Wer Sicherheit – die Voraussetzung für dauerhaften Wohlstand – im außen- wie auch im sozialpolitischen Sinn will, muss sich über die eigenen Grenzen hinaus engagieren und in die internationale Zusammenarbeit eine ökonomische, finanzielle, soziale und ökologische Dimension einfließen lassen.

Freier Handel sowie internationaler Wettbewerb sind die entscheidenden Voraussetzungen für globales Wirtschaftswachstum, doch müssen sie unter vergleichbaren und fairen internationalen Wettbewerbsbedingungen stattfinden. Wir setzen uns dafür ein, die Handlungsfähigkeit, Transparenz und Effizienz der internationalen Organisationen wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank und der Welthandelsorganisation zu verbessern. Sie sind geeignet, die Gestaltung einer freien und menschlichen Weltordnung voranzubringen. Die Verschiebung der Stimmgewichte im Weltwährungsfonds in Richtung der aufstrebenden Schwellenländer ist ein Zeichen dafür, dass Deutschland bereit ist, die Schwellen- und Entwicklungsländer verstärkt mit einzubeziehen. Aus neuen Rechten erwachsen aber auch neue Pflichten für ebendiese Länder.

4. Entwicklungspolitik der unionsgeführten Regierung

Die gewachsenen internationalen Herausforderungen an die Entwicklungspolitik – die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung, der Wurzeln des Terrorismus, von Staatsverfall, Menschenrechtverletzungen und Umweltzerstörungen – stellen die deutsche Politik vor schwierige Herausforderungen. Unter der rot-grünen Regierung wurde der Entwicklungsetat kontinuierlich gesenkt. Zudem fehlte es an Initiativen, um die Effizienz der deutschen Entwicklungspolitik zu stärken. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit wurde zu Lasten der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit geschwächt. Dabei hatte Rot-Grün versäumt, dafür Sorge zu tragen, dass diese hinlänglich effektiv und der Einfluss Deutschlands in ausreichendem Maße gesichert war.

Unter der CDU-geführten Bundesregierung hat die Entwicklungszusammenarbeit endlich wieder das politische Gewicht erhalten, das für diesen wichtigen Politikbereich angemessen ist. Mit Bundeskanzlerin Angela Merkel wird die Entwicklungspolitik erstmals in der Geschichte Deutschlands als Zukunftspolitik begriffen und gestaltet. Nie zuvor stand Entwicklungszusammenarbeit auf der deutschen politischen Agenda so hoch oben. Folgendes hat die CDU-geführte Bundesregierung erreicht:

- Unter Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die deutsche Entwicklungspolitik enorm an Bedeutung gewonnen. Seit der Kanzlerschaft Angela Merkels konnte der Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) um über 2 Milliarden Euro erhöht werden. 2005, dem letzten Jahr der Regierung Schröder, betrug der BMZ-Haushalt 3,93 Milliarden Euro. Für das Haushaltsjahr 2011 stehen dem BMZ 6,219 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist eine Steigerung von über 50 Prozent.
- Diese Steigerung ist Bundeskanzlerin Merkel zu verdanken. In sieben Jahren rot-grüner Regierung von 1998 bis 2005 waren die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit sogar gesunken.
- Auch für das Jahr 2011 wurde der BMZ-Etat –trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise - um 149 Millionen Euro und damit um 2,5 Prozent gegenüber 2010 erhöht. Angesichts der Tatsache, dass der Gesamtetat um 3 Prozent gekürzt wurde, ist dies ein eindrucksvoller Erfolg. Das BMZ hat damit im Jahr 2011 erneut einen Rekordhaushalt. Hiermit stellt die CDU ihre internationale Verantwortung unter Beweis!
- Die Erhöhung der Entwicklungsgelder unterstreicht den Willen von Bundeskanzlerin Merkel, das international gegebene Versprechen zu erreichen, bis 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden – auch wenn die Realisierung dieses Ziels angesichts der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise außerordentlich schwierig wird.
- Insbesondere für Afrika, dessen Menschen besonders unter Armut, Not und Krankheiten wie AIDS leiden, stellt die CDU-geführte Bundesregierung mehr Geld zur Verfügung. Hilfe für unseren Nachbarkontinent ist auch in unserem nationalen Interesse, denn Elend und Gewalt in Afrika betreffen auch uns in

Europa und Deutschland – nicht zuletzt durch wachsende Flüchtlingsbewegungen oder durch einen von Not und Elend ausgelösten Raubbau an der Natur, der auch für uns Folgen hat. Die CDU sieht die Demokratiebewegungen des Jahres 2011 in Nordafrika als Chance für die dort lebenden Menschen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu schaffen und damit auch die Grundlage für eine nachhaltige Erhöhung des Lebensstandards zu legen.

- Die CDU-geführte Bundesregierung hat auch international dazu beigetragen, die Entwicklung Afrikas auf der Tagesordnung zu halten. So war durch deutsche Initiative Afrika ein Schwerpunktthema beim Treffen der acht führenden Industrienationen in Heiligendamm im Juni 2007.
- Nur durch den Druck von CDU und CSU wurden in der Großen Koalition auch regionale Schwerpunkte gesetzt, anstatt Geld weiter nach dem Gießkannenprinzip über eine sehr hohe Zahl von Entwicklungsländern zu verteilen. Damit ist nun eine effektivere Verwendung der eingesetzten Mittel möglich. Gemeinsam mit der FDP wird diese Konzentration und Schwerpunktsetzung fortgesetzt.
- Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft (1. Halbjahr 2007) brachte enorme Fortschritte in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Die EU-Mitgliedstaaten und die EU-Kommission haben sich verpflichtet, zukünftig ihre Entwicklungspolitiken enger aufeinander abzustimmen. Das unkoordinierte Nebeneinander zahlreicher Entwicklungsprojekte unterschiedlicher Geber, das viele Entwicklungsländer überfordert, soll damit zurückgeführt werden.
- Das Anliegen der CDU, gute Regierungsführung in das Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit zu rücken, hat die Bundesregierung durch ein neues Handlungskonzept umgesetzt. Der Kampf gegen Korruption, gegen Misswirtschaft und Missbrauch öffentlicher Ämter sowie für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden zukünftig wieder stärker als Bestimmungsfaktor der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zum Tragen kommen.
- Nicht zuletzt ist die CDU die Gewähr dafür, dass nicht zu viele Mittel der Entwicklungszusammenarbeit über die so genannte Budgethilfe abfließen. Wir vertreten die Auffassung, dass dieses Instrument nur unter sehr strengen, eng gefassten Auflagen genutzt werden darf, da ansonsten die Gefahr des Missbrauchs zu groß ist.

- In dieser Legislaturperiode wird die überfällige Reform der so genannten entwicklungspolitischen Vorfeldorganisationen vorangetrieben. Dafür wurden zum Beginn des Jahres 2011 die Organisationen der `technischen´ Entwicklungszusammenarbeit unter einem Dach zusammengefasst, damit die Mittel der Entwicklungspolitik zukünftig noch effizienter und wirksamer eingesetzt werden können. Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) und die Organisation Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt) mit ihren insgesamt etwa 18 000 Mitarbeitern agieren ab 2011 gemeinsam als „Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit“. Damit kann die auch für unsere Partner bisweilen beschwerliche Institutionenvielfalt reduziert werden, ohne dass es Einschränkungen bei bewährten Instrumenten geben wird. Zugleich wird die Sichtbarkeit des deutschen Beitrags für die Entwicklung in den Partnerländern gestärkt.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit finanziell wieder auf den richtigen Weg gebracht. Zugleich betonen wir, dass auch Entwicklungszusammenarbeit von Werten geleitet sein muss. Im internationalen Wettbewerb ordnungspolitischer Konzepte steht die CDU für eine internationale Verankerung der sozialen Marktwirtschaft sowie für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte.